

HÜSKENS SYMPOSIUM UND DISKRIMINIERUNG MUSS VON BEGINN AN BEGEGNET WERDEN

am 23. Oktober 2019

[Anschlag](#), [Demokratie](#),
[Diskriminierung](#) [Dr. Lydia Hüskens](#),
[FDP](#) [FDP Sachsen-Anhalt](#), [Freie](#)
[Demokraten](#) [Halle](#) [Hüskens](#),
[Landesregierung](#) [Lydia Hüskens](#),
[Synagoge](#)

„Als unmissverständliche Lehrsache auf die Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle und ... gezogen werden, dass in unserem Bundesland ... Menschenfeindlichkeit eine Absage erteilt wird ... stellvertretende Landesvorsitzende der Freien Demokraten ... hässlich der Regierungserklärung von Ministerpräsident ... in unserem Bundesland viel zu oft auch ein ... Politik, um eigene Interessen durchzusetzen.

Ganz ... gegen Ost, gerne auch einmal Halle gegen Magdeburg, ... gegen reich geht, diese Form konfrontativer Politik, die

auf ein so genanntes „Gemeinsames Gut“ setzt, bedient das gleiche Grundmuster wie religiöse oder ideologische Bindungen. Gemeinsamkeiten oder auch das Aushalten divergierender Interessen werden durch eine Kultur des Gegeneinander despektierlich gemacht. Es ist ein Zeichen es einer spaltenden populistischen Politik, die die Interessen einzelner Gruppen setzt, deutlich leichter. „Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass in Sachsen-Anhalt die Förderung der Demokratie mit ihren Elementen wie Meinungsvielfalt, Weltoffenheit als positiver Wert gesetzt wird und gerade im politischen Diskurs auf ausgrenzen und ausschließen keine Äußerungen verzichtet wird,“ so Hüskens.

Gleichzeitig benötigen gerade die Verbände und Vereine, die sich für Minderheiten einsetzen, eine positive Begleitung durch die politischen Akteure. Zudem würde es die Arbeit aller Verbände und Vereine in der Gesellschaft deutlich erleichtern, wenn die bürokratischen Prozesse, die sich in den letzten Jahren ins uferlose gewachsen sind, auf ein Normalmaß zurückgeführt werden. In der heutigen Regierungserklärung dazu einen Anfang setzen und der Zivilgesellschaft einen Gewinn.